



uniterre

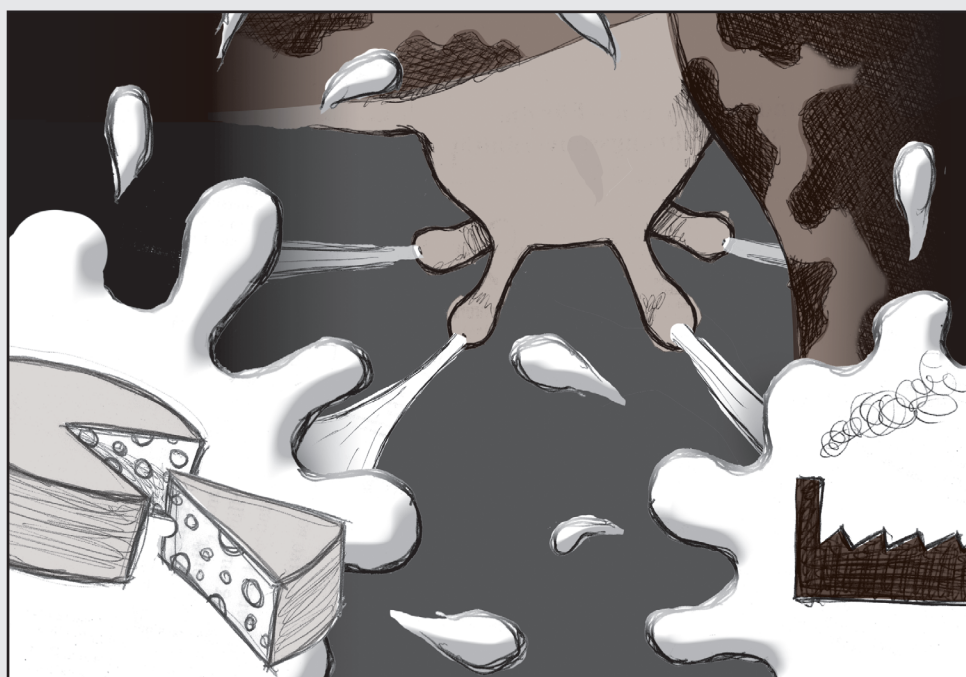
DIE UNABHÄNGIGE BÄUERLICHE ZEITUNG

Einschränkungsmilch : Wir wollen mehr Transparenz!

Wie zur gleichen Zeit im Jahr 2015 ist auch heute die Marktlage für Hartkäse mit hoher Wertschöpfung schlecht. Viele Branchenorganisationen haben deshalb beschlossen, die Käseproduktion zurückzufahren und folglich Beschränkungen einzuführen. Aber weniger Käseproduktion ist nicht gleich weniger Milchproduktion. Eine Kuh bleibt eine Kuh, der kann man nicht einfach von heute auf morgen das Euter zuschnüren. Also produzieren viele Betriebe dieselbe Menge mit Käseemilch (erste Qualität), die dann aber zu unschlagbaren Preisen in die industrielle Produktion fliesst. Es ist bekannt, dass zahlreiche Käsereien auch eine Industriemilchquote haben. Was Crémo und Co. ganz bestimmt nicht missfällt, wo sie diese Milch doch gewinnbringend weiterverkaufen können. Wie? Nicht unbedingt als Butter oder Milchpulver ... sondern auch als Hartkäse oder Halbhartkäse zum Aktionspreis.

Aus verschiedenen Quellen geht hervor, dass rund 15% der Industriemilch verkäst werden. Qualitativ hochwertige Milch, die zum Industriemilchpreis eingekauft wird, ist eine Goldmine für die Industrie und eine direkte Konkurrenz zum AOP-Käse. Das ist wirklich die Höhe! - aber leider kein neues Phänomen.

Nicht nur die Preise sind unhaltbar, sondern auch der vollständige Mangel an Transparenz bei der Milchverwendung. Die Verteilung der Mehrmengen für die verkäste Milch durch den Bund, dessen Verkäsungszulage von Rechts wegen den Bauern zusteht, ist undurchsichtig. Wenn die BO Milch wirklich eine echte



Branchenorganisation sein will, muss sie diese Angaben automatisch und transparent zur Verfügung stellen, sowohl den Produzenten als auch den öffentlichen Instanzen. Sonst muss der Bund bei diesem undurchsichtigen Handel eine Kontrollaufsicht ausüben. Wenn die BO Milch dazu nicht in der Lage ist, braucht es ein Schweizer Observatorium für Milch. Das European Milk Board konnte diese Forderung mit der Unterstützung von Dacian Ciolos, dem ehemaligen EU-Landwirtschaftskommissar und Freund von La Via Campesina, umsetzen. Warum also sollte das in der Schweiz nicht möglich sein?

Um ihre Unzufriedenheit mit dem aktuellen System kundzutun, haben die Produzenten der Käserei von Chézard-Saint-Martin in Eigeninitiative und demokratisch beschlossen, die Einschränkungsmilch nicht mehr zu produzieren. So haben sie sich, auf ihrer Ebene, die Kontrolle über die Produktion wieder angeeignet und verhindern somit, dass ihre Produkte verschandelt werden in einem System, das nur die Flucht nach vorne kennt. So ein Entschluss verdient Respekt und Anerkennung ... und (warum nicht) Nachahmer.



Milch

Milchgipfel

Seite 2



Besteuerung

**Familienbetriebe
in Gefahr**

Seiten 4-5



Bauernrechte

**Fokus
Indonesien**

Seite 6



Initiative

**Wirkung
und Verbreitung**

Seite 8

MILCH



Foto: Mathias Stalder

Nebelpetarden am Milchgipfel

Man war unter sich auf dem Gurten. Am 27. Mai 2016 mit Beginn um 9 Uhr morgens: Spitzenvertreter von Produktion, Verwertung und Vermarktung. Schliesslich ging es um Wege aus der Krise. Da könnten dumme Fragen von oppositionellen Basisorganisationen alles nur verkomplizieren. Das Heuwetter hat drum das Seine dazu beigetragen, dass nur ein Häufchen Unentwegter sich auf dem Berner Hausberg zum Protest eingefunden hat.

Man war sich also weitgehend einig, dass es sich bei der Milchkrise um ein verbreitetes, für viele existenzbedrohendes Geschehen handle. Alle Marktteilnehmer, bzw. ihre obersten Vertreter hatten die Gelegenheit, ihren längst bekannten Standpunkt noch einmal wortreich darzustellen. Es wimmelte nur so von sich erfolgversprechend aufstellen und positionieren, von Marketing und Markteroberung. Der Markt als unumstössliche Grösse, mit all seiner Logik, seinen Regeln und Gesetzen und der daraus abgeleiteten Marktmacht, zog sich wie ein roter Faden durch all die vielen Referate. Ausnahmslos alle betonten ihren Willen, alles Menschenmögliche zum Gelingen des funktionierenden Marktes zum Wohle aller beizutragen. Es wurde an geeintes Auftreten appelliert und betont, dass wir nur miteinander und gemeinsam die Krise meistern könnten.

Mir wurde von Referat zu Referat mulmiger. Unser Markt ist auf Konkurrenz aufgebaut. Das Ziel und der Zweck des Wirtschaftens ist der Profit. So mancher Bauer der wachsen muss, wird zwangsläufig systembedingt zum Konkurrenten. Dazu braucht es keine Spur von bösem Willen. Wirtschaften

nach dem Allegegenalle-Prinzip ist vorgegebenes Gesetz und Alltag. Was sollen da Begriffe wie Einigkeit, Solidarität und Partnerschaft. Während Jahrzehnten wurde uns eingebläut, dass wir uns als Unternehmer zu verstehen und zu verhalten hätten. Genossenschaftsstrukturen wurden durch effizienzsteigernde neue Formen und Methoden abgelöst. In der andauernden, tiefgreifenden Milchkrise wäre es aber nicht zielführend und erfolgsversprechend, die brutalen Seiten des profit- und erfolg fokussierten Wirtschaftens zu betonen. Da macht es sich besser, wieder alle am gleichen Strick und in die gleiche Richtung ziehen zu lassen. Wenn man an den Markt und seine absolut positiven Kräfte im Sinne aller glaubt, kann man Höhen und Tiefen, Gräben und Gipfel im heiligen Ernst übersehen.

Allein mir fehlt der Glaube. Ganz allein mit meinem Unglauben bin ich nicht. Mani Matter hat nicht nur exzellente Lieder geschrieben, er hat sich auch zu Staat und Gesellschaft fundierte Gedanken gemacht. In seinem Bändchen Cambridge Notizen schreibt er, dass es zentral sei, die Wirtschaft zu demokratisieren. Insbesondere der Landwirtschaft müsse man eine Absatzgarantie zugestehen, die Produktion sei zu lenken und zu planen. Er erzählt im selben Werk von einem Mädchen aus der Stadt, das aufs Land zu einem Bauern geht. Als dieser sie auffordert, mit ihr in den Hühnerstall zu gehen, um nachzuschauen, ob diese Eier gelegt hätten, kann sie ihr Lachen nicht zurückhalten. Sie schüttelt den Kopf und meint lauthals: Der glaubt noch an die Hühner!

Jakob Alt

Elsa, Prolait und die anderen Neuenburger Produzenten von Industriemilch

In der Neuenburger Sektion von Uniterre haben wir in den letzten Jahren eine tief greifende, andauernde und offenbar unaufhaltsame Veränderung erlebt: Zahlreiche Produzenten von Industriemilch, die früher einen Vertrag mit Prolait hatten, liefern heute direkt an Elsa. Parallel dazu hat sich die gewerkschaftliche Ader der Bauern zurückgebildet, unsere Sektion findet kaum neue Mitglieder und hat Mühe die bestehenden zu mobilisieren.

Es gilt, verschiedene Punkte auszu-leuchten. Zuerst muss man fragen, aus welchen Gründen die Produzenten ihren Abnehmer gewechselt haben. Angesichts der Milchkrise drängt sich eine Antwort geradezu auf: Elsa bietet den besseren Preis (zumindest auf den ersten Blick). Das ist verständlich und wir verstehen unsere Berufskollegen, denen das Wasser bis zum Hals steht wegen der neuen, normgerechten Gebäude und dem Wachstum der Betriebe. Jeder Rappen zählt – und wir sprechen hier von über 6-8 Rp./kg mehr als die Produzenten bei Prolait erhalten.

Ein weiterer Grund zeichnet sich ebenfalls ab: Ohne Kontingentierung, ohne nationale Mengenregulierung kann es sich Elsa erlauben, nach Gutdünken Produktionsrechte zu vergeben. Für alle Bauern, die genug Produktionskapazität haben, ist die Versuchung gross, einen Vertrag zu unterschreiben, der eine Produktionssteigerung, eine grössere Herde und mehr Direktzahlungen möglich macht.

Indes machen wir uns grosse Sorgen, wenn wir feststellen, dass sich eben diese Berufskollegen nicht mehr trauen, über ihre Lage zu sprechen. Offenbar macht Elsa verstärkt Druck auf die Produzenten,

damit sie keine Aktionen organisieren, die ihr Image beschmutzen könnte. Es war für uns unglaublich schwierig, ein Vertragsexemplar oder eine Monatsabrechnung zu erhalten. Wovor fürchtet sich Elsa bloss? Was hat Elsa zu verstecken? Nun, jeder soll sich seine eigene Meinung dazu bilden.

Auf dieser Grundlage können wir also versuchen, auf die Zukunft zu schliessen: Die Kontrolle von Elsa breitet sich langsam aus, während Prolait genauso langsam verschwindet. Prolait sollte ursprünglich ein Gebilde sein, wo sich die Produzenten vereinen, um gemeinsam an Marktmacht zu gewinnen ... Davon sind wir heute weit entfernt. Was aber macht Elsa als Nächstes? Den Markt weiterhin mit Milch überschwemmen, mit vollen Händen Produktionsrechte verteilen, losgelöst von der Nachfrage? Und sich dabei natürlich rühmen, weil sich immer mehr treue Produzenten auf ihre Partnerschaft verlassen?

Gegenüber den Methoden, die den Milchmarkt in einen immer tieferen Teufelskreis hinunterziehen, gibt es vermutlich nur eine Lösung, und wir kennen sie bereits: eine strenge Mengenregulierung. Nur leider können wir diese nicht umsetzen, solange die Produzenten ungeeint sind. Und wenn es etwas gibt, das Elsa zur Perfektion beherrscht, so ist es das Prinzip «teile und herrsche». Wie verletzlich sind doch unsere Berufskollegen, die dem orangen Giganten ganz alleine gegenüberstehen!

Uniterre Neuenburg

Übersetzung: Stefanie Schenk



Milcherzeuger und EU-Abgeordnete plädieren gemeinsam für eine EU-weite Drosselung der schädlichen Überproduktion im Milchsektor Bisherige Maßnahmen der EU-Kommission

wirkungslos – EU-Parlament muss sich stärker in Milchdiskussion einschalten

Brüssel, 21.06. 2016: Noch ist es eine Politik der verbrannten Erde, die die Europäische Union im Bezug auf den Milchsektor aktuell fährt. Ohne ein Konzept, das in Krisenzeiten eine Deckelung der produzierten Milchmenge vorsieht, wird sich diese Politik, die die Milcherzeuger, aber auch die vor- und nachgelagerten Sektoren schädigt, fortsetzen. e déclaration commune sur la crise agricole. Des discussions sur les propositions pour une stabilisation du marché sont prévues avant la prochaine réunion du Conseil de l'agriculture au Luxembourg (27-28 juin). [...]

>> ganze Pressemitteilung auf unserer Website lesen...

PESTIZID

Kein Pestizid-Reduktionsplan ohne bäuerliche Landwirtschaft!

Die Kampagne von Pro Natura gegen die Verschmutzung unserer Gewässer durch Pestizide stellt die Landwirtschaft einmal mehr an den Pranger. Die Umweltorganisation will die Nutzung von Pestiziden auf die einfache Formel Bauer = Umweltverschmutzer reduzieren. Das ist eine unehrliche Simplifizierung eines sehr ernstes Problems. Das Problem wurde von der chemischen Industrie geschaffen und operiert weltweit auf einem deregulierten Markt. Wer es anpacken will und unter Berufung auf die Qualitätsstrategie als erstes die Bauern stigmatisiert, agiert absolut kontraproduktiv. Es gibt keinen Pestizid-Reduktionsplan ohne Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft!

Bald wird der Bundesrat einen nationalen Aktionsplan zur Reduktion der Pestizide in die Vernehmlassung schicken. Zahlreiche Organisationen aus Landwirtschafts- (BioSuisse, VKMB, Bioforum), Trinkwasserversorger-, Gewässerschutz-, Umweltschutz- (darunter Pro Natura), Gesundheits- und Konsumentenkreisen, insbesondere aus der Deutschschweiz, unterstützen die Forderungen des Pestizid-Reduktionsplans der Gruppe Vision Landwirtschaft, welcher den Aktionsplan des Bundes ergänzen soll. Die wichtigsten Forderungen, die wir nachher vorstellen, sind sehr interessant. Nur zu den Beweggründen der Organisationen, die den Grenzschutz und die lokale Produktion infrage stellen und sich mit der «Qualitätsstrategie» der Grossverteiler auf dem globalen Markt behaupten wollen, haben wir leichte Zweifel und können nicht recht darauf vertrauen, dass sie im guten Glauben handeln.

Die Verwendung von Pestiziden muss den Anforderungen der Gesellschaft hinsichtlich der Nachhaltigkeitsziele und insbesondere auch der Gesundheit der Konsumenten, der Produzenten und dem Schutz der Biosphäre nachkommen. Den Mitgliedern von Uniterre ist klar, dass man auf diesem Gebiet rasch handeln muss, damit die Versorgung mit Lebensmitteln garantiert werden kann, trotz sinkender Erträge. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es einen Gesamtüberblick. Agronomische, soziale, ökologische und wirtschaftliche Fragen müssen zu einem kohärenten Ganzen namens Agrar- und Ernährungspolitik zusammengesetzt werden.

Der Grund, warum Pestizide in problematischem Masse eingesetzt werden, liegt ganz klar beim Druck auf die Produzentenpreise und beim Produktivitätszwang sowie bei der Macht der industriellen Akteure, die im Zuge der zügellosen Liberalisierung stetig zunimmt. Weitere Gründe für die Nutzung der Pestizide sind Inhalt und Ziele der Landwirtschaftsschulen und der Agrarforschung. Diese Institutionen werden immer stärker privatisiert und von verantwortungslosen Chemie- und Bioscience-Konzernen dominiert.

Diese Feststellungen zeigen, dass die Verantwortung bei der Politik liegt, die als regulierende Macht eingreifen muss. Der Produktivitätszwang kann mit Verträgen gelockert werden, in denen der Preis, die Menge und die Qualität eines Produk-

tes, sowie eine Risikoteilung festgelegt werden. Um das zu erreichen, braucht es kein Geld, sondern politische Courage, um die wirtschaftliche Machtballung im Lebensmittelsektor zu hinterfragen. Es ist kein Geheimnis, dass es zwischen den vielen, zerstreuten Anbietern und der konzentrierten Nachfrage (Verarbeitung und Handel) ein enormes Machtgefälle gibt. Forderungen an die Landwirtschaft und an die Regierung, welche diese Situation nicht berücksichtigen und die Zerstörung der bäuerlichen Landwirtschaft nicht anerkennen, bringen nichts, und schon gar keine starke Allianz zwischen den Bäuerinnen, Bauern und Umweltschutzorganisationen.

Die Studie von Vision Landwirtschaft zeigt, dass die Schweiz zu den Ländern gehört, die am meisten Pestizide einsetzen. In unseren Gewässern werden regelmässig viel mehr als 100 unerwünschter Stoffe festgestellt. Doch wenn es um die Transparenz und die Verfügbarkeit der Angaben zum Einsatz von Pestiziden geht, rangiert die Schweiz im hintersten Teil der Liste europäischer Länder. Die Auswirkungen der Pestizide auf die Biodiversität, die Gesundheit der Bäuerinnen und Bauern, der Bevölkerung und des Bodens sind nur bruchstückhaft bekannt und die Risiken sind entsprechend hoch.

Mit folgenden Massnahmen kann, gemäss Studie, der Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft um 40-50 % reduziert werden, im städtischen Gebiet und im Verkehrsbereich sogar um über 80 %, ohne dass es zu Engpässen bei der Versorgung oder zu Mehrkosten für die Steuerzahler käme – dafür zu positiven Auswirkungen auf die Gewässer, den Boden, die Biodiversität und die Gesundheit.

1. Es sind ambitionierte, terminierte und messbare Reduktionsziele festzulegen. Diese sind aus den gesetzlichen Vorgaben abzuleiten und nutzen die vorhandenen Reduktionspotenziale umfassend aus.

2. In Ergänzung zur Reduktion des Pestizideinsatzes sind Risikomindermassnahmen beim Einsatz selber vorzusehen: Ersatz besonders problematischer Wirkstoffe, Pestizidverbot in Grundwasserschutzzonen und sensiblen Gebieten sowie Optimierung der Ausbringung im Feld. (3R-Prinzip Reduce-Replace-Refine).

3. Dazu werden insbesondere agrarpolitische Programme ausgebaut und



Die Kampagne ProNatura stellt die Landwirtschaft einmal mehr an den Pranger.

für den Verkauf an Private nur noch Pestizide zugelassen, die ein sehr geringes Risiko aufweisen.

4. Das Zulassungsverfahren muss umfassend verbessert, die gegenwärtige Intransparenz behoben und ein Mitwirkungsverfahren eingeführt werden.

5. Die schlechte Datenlage zum Pestizideinsatz in der Schweiz ist durch neue Indikatoren, ein stark optimiertes Monitoring und durch eine systematische Berichterstattung zu verbessern.

6. Forschung, Ausbildung und unabhängige Beratung im Bereich des alternativen Pflanzenschutzes sind auszubauen.

7. Der Gesetzesvollzug, insbesondere die derzeit nur oberflächlichen Kontrollen zum Pestizideinsatz, ist zu verbessern.

8. Die gegenwärtige starke Subventionierung des Pestizideinsatzes ist aufzuheben; mittels Einführung entsprechender Gebühren ist Kostenwahrheit zu schaffen (Homologierung, Kontrollen und Monitoring, Verursacherprinzip).

9. Der Bund fokussiert verstärkt auf die Chancen und Synergien eines reduzierten Pestizideinsatzes oder eines vollständigen Verzichts und arbeitet dazu eng mit der praktischen Landwirtschaft und dem Handel zusammen.

10. Es sind vom Bund Strategien zu entwickeln und umzusetzen, welche längerfristig eine von Pestiziden unabhängige Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion ermöglichen.

Der Studienbericht präsentiert ausserdem acht Massnahmenpakete, die aufzeigen, wie die genannten Forderungen umgesetzt werden können. Die Forderungen, wie auch die Umsetzungsmassnahmen greifen den Wunsch der Bevölkerung auf, dass eine nachhaltige, umweltschonende und

gesunde Lebensmittelproduktion gefördert werden soll. Die Studie versichert, dass für den Bund keine Mehrkosten entstehen, hingegen muss das Budget für die Forschung, die Ausbildung und die landwirtschaftliche Beratung bedeutend erhöht werden, um eine agronomische Praxis zu entwickeln, die weniger Pestizide braucht, um resistente Sorten zu züchten, ökosystemorientierte Pflanzenschutzmittel zu entwickeln, Verträglichkeitsstudien durchzuführen, die partizipative Forschung zu fördern usw. Der landwirtschaftlichen Ausbildung und Forschung muss das klare Mandat erteilt werden, eine ökonomische Nutzung unserer Lebensgrundlagen zu lehren und zu entwickeln.

Heute sind immer noch alle Mittel erlaubt, um einen Maximalertrag zu erzielen und diese Haltung wird den zukünftigen Bauern mit auf den Weg gegeben.

Die ganze Palette der Chemiekonzerne muss genaustens untersucht werden. Die bäuerliche Landwirtschaft, die Sorge trägt zur Fruchtbarkeit, die autonom ist und die eine ökologische Intensivierung sucht, sollte die heutigen pädagogischen Inhalte ersetzen, die stark vom industriellen Gedankengut geprägt sind.

Die Information der Bevölkerung zu Fragen der Lebensmittelproduktion, zum Beispiel das Aussehen von Früchten und Gemüse, und die dazugehörigen politischen Entscheidungen sollten auch in einem Plan festgehalten werden, um eine nachhaltige, bäuerliche Landwirtschaft zu fördern.

Rudi Berli

Übersetzung: Stefanie Schenk

BESTEuerung

Besteuerung: «Davon sind wir alle betroffen.»

Am 27. April hat sich der Nationalrat für die Umsetzung der Motion Leo Müller (CVP 16.031) ausgesprochen. Diese Motion bezweckt, die ungleiche Besteuerung der Wertzuwachsgevinne, die bei der Veräusserung von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken erzielt werden, zu korrigieren. Seit 2011 gilt ein Grundsatzentscheid des Bundesgerichts als wegweisend, dass soll rückgängig gemacht werden. Der Ständerat wird sich im Juni dazu äussern.

Die wichtigste Auswirkung des Urteils von 2011 war, dass der ganze Gewinn einer Veräusserung, also der Überführung von Geschäftsvermögen in Privatvermögen, von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken, die nicht dem bäuerlichen Bodenrecht unterstehen (Verkauf von Baulandreserven, Wohnhäusern von pensionierten Bäuerinnen und Bauern usw.) der Einkommenssteuer unterliegt. Vor diesem Urteil wurde nur der Wertzuwachsgewinne einer Steuer unterstellt, und zwar der Grundstückgewinnsteuer des Kantons, welcher oft nur den minimalen Steuersatz von 7 Prozent erhebt. Wird nun das Geschäftsvermögen als Privatvermögen besteuert, beträgt der Steuersatz in vielen Fällen bis über 50 %. Eine so hohe Besteuerung bringt viele Bauernfamilien finanziell an den Rand des Ruins, was wiederum das Bauernsterben beschleunigt.

Frontalangriff auf die bäuerliche Landwirtschaft

Bei der Debatte im Parlament haben sich die Argumente und Gegenargumente hauptsächlich um Grundstücke gedreht, die zu Baulandpreisen verkauft werden. Viele Bauern und Landeigentümer sind jedoch nicht in dieser Lage. Es gab kaum

Diskussionen über die Sanierung von alten, zum Teil zu Ruinen verfallenden Bauernhäusern in der Dorfzone oder über die Wohnungen von pensionierten Bäuerinnen und Bauern, die sie im Verlauf ihres aktiven Lebens gekauft oder gebaut haben und die aus verschiedenen (oft steuerrechtlichen) Gründen nicht von der nächsten Generation übernommen werden. Wird der Grundsatzentscheid des Bundesgerichts umgesetzt, unterliegt eine solche Wohnung automatisch der Vermögenssteuer. Die hohe Besteuerung, die ohne eigentlichen Wertzuwachsgewinne erhoben würde, wäre für die Rentner nicht tragbar.

Dieser letzte Punkt ist besonders kritisch, denn viele pensionierte Bäuerinnen und Bauern müssten von der Sozialversicherung leben, weil sie finanziell nicht in der Lage wären, ihre Wohnungen zu behalten. Viele müssten ausziehen und verkaufen, auch wenn die Wohnung zum Bauernhof gehört. Anders gesagt würde dieser Grundsatzentscheid das Bauernsterben vorantreiben, Familienbetriebe würden zugunsten der industriellen Landwirtschaft aufgegeben, deren Finanzierung nichts mit Familie zu tun hat.

Früher oder später wäre jeder Bauernhof davon betroffen, bei jedem Gene-

rationenwechsel, bei jeder Übernahme. Alle sind davon betroffen, auch junge Bäuerinnen und Bauern.

Rückwirkende Gültigkeit

Abgesehen von diesem brutalen und diskussionslosen Kurswechsel hätte das Urteil auch rückwirkende Gültigkeit auf mehrere Jahre. Betroffene hätten die Änderung bei der Finanzplanung, der Übernahme oder der Entwicklungsstrategie nicht berücksichtigen können. Angesichts der hohen Beträge würde diese Reform jegliche Weiterentwicklung und Investitionskapazitäten der Bauernhöfe abwürgen. In der aktuellen Krisenlage wäre das dramatisch.

Kein Preis, kein Einkommen

Diese Situation zeigt, wie empfindlich dieses landwirtschaftliche System ist, das mit sehr tiefen Produktpreisen in einem Hochpreismilieu überleben soll. Sie zeigt auch, dass es unmöglich ist, Investitionskapazitäten zu erhalten und Steuern zu bezahlen, wenn das Einkommen ausbleibt. Und genau da liegt der Hund begraben. Die Preise für Getreide, Milch und Fleisch sind im Keller, damit können keine Investitionen getätigt und oft nicht einmal anständige

Löhne bezahlt werden. Soll das bedeuten, dass es in unserem Land einfach keinen Platz mehr für Bäuerinnen und Bauern hat? Wer ist dafür verantwortlich? Auf solche Fragen sollte unser Parlament Antworten finden. Natürlich ist ein Kauf zum Ertragswert oder ist eine steuerliche Begünstigung ein Privileg, von dem andere Handwerksberufe nicht profitieren. Aber indirekt profitieren wir alle davon, nämlich über die geringeren Ausgaben für unsere Lebensmittel.

Die Landwirtinnen und Landwirte sind nicht gegen Reformen oder Veränderungen. Aber das Problem muss an der richtigen Stelle angepackt werden. Zuerst braucht es Preise, die anständige soziale und finanzielle Bedingungen ermöglichen, es braucht eine nachhaltige finanzierbare Weitergabe an die nächsten Generationen und dann erst eine mögliche Diskussion über die Besteuerung. Die Wirtschaft muss den Menschen und dem Gemeinwohl dienen, nicht umgekehrt. Das wäre eine schöne Idee, die dringend von links und rechts im Parlament umgesetzt werden sollte.

Nicolas Bezençon
Übersetzung: Stefanie Schenk

Zwei Fallbeispiele zu den Auswirkungen des Grundsatzentscheids des Bundesgerichts auf die Rente eines Bauers und Eigentümer seines Bauernbetriebs: in der Landwirtschaftszone und in der Dorfzone

Angaben zum Bauernhof: Übernahme des Betriebs von den 1982 mit einer LN von 27,4 ha. Der Betrieb wurde zum Ertragswert gekauft. Dieser Wert ist tief. Die Geschwister und Eltern verzichten dabei auf den Veräusserungsgewinn zum Verkehrswert Geschätzter Ertragswert inklusive Gebäude und Wohnung: 274 000 m² x 1.20 Fr. = 328 800 Fr.

Zone:	Landwirtschafts	Dorf
Auswirkungen für den Rentner, die landwirtschaftliche Fläche wird vom Geschäftsvermögen ins Privatvermögen überführt (Wert gemäss Steuerschätzung 2016): <i>274'000 m² x 4 Frs</i>	1'060'000 Frs	1'060'000 Frs
Möglicher Wert der Gebäude (gemäss auf- und vorgestellter Schätzung): <i>Wohnhaus und Umschwung</i> <i>Total des berechneten Werts</i>	1'500'000 Frs 2'560'000 Frs	3'000'000 Frs 4'060'000 Frs
Gemäss Urteil des Bundesgerichts muss der Rentner, um sein Grundstück zu behalten und in seinem Familienhaus zu bleiben, Steuern bezahlen die wie folgt berechnet werden:	1'383'344 Frs	2'313'344 Frs
<i>Aktueller Wert</i>	2'560'000 Frs	4'060'000 Frs
<i>Abzug vom Kaufpreis zum Ertragswert</i>	-328'800 Frs	-328'800 Frs
<i>Theoretischer steuerbarer Mehrwert zu 62% (Steuern und AHV)</i>	2'231'200 Frs	3'731'200 Frs

Dazu kommen noch die Steuern auf Amortisationen. Eventuelle Hypothekarschulden werden vom theoretischen Mehrwert nicht abgezogen.

Kommentar

Die Bauernfamilie muss ihr Grundstück aus Alters- oder Krankheitsgründen oder bei einem Todesfall in jedem Fall verkaufen, um die Steuern bezahlen zu können und muss sich den Sozialdiensten anvertrauen.

Bei einer vorübergehenden Einstellung der landwirtschaftlichen Tätigkeit (Generationensprung) kann der Enkel/die Enkelin den Familienbetrieb nicht übernehmen, da er aus steuerlichen Gründen veräussert werden musste.

Nicolas Bezençon

BESTEuerung

Familienbetriebe in Gefahr

Eine dunkle Bedrohung schwebt über der Zukunft der Familienbetriebe in der Schweiz. Kürzlich hat sich der Nationalrat mit einer knappen Mehrheit für einen Gesetzesentwurf zur Besteuerung der Landwirtschaftsbetriebe angenommen. Das Gesetz soll einen willkürlichen, brutalen Entscheid des Bundesgerichts vom Jahr 2011 rückgängig machen. Tatsächlich bewirkte dieser Grundsatzentscheid des Bundesgerichts von heute auf morgen eine ungerechte, sogar konfiskatorische Steuerbelastung für Bauernbetriebe, denen das Wasser wegen dem Preiszerfall der Lebensmittel sowieso schon bis zum Hals steht.



Vor dieser neuen, perversen Auslegung des Gesetzes wurden landwirtschaftliche Flächen und Gebäude bei allen gleich besteuert, egal, ob sie einem Bauern oder einem Nichtbauern gehörten. Es musste diesbezüglich eine gesetzliche Regelung eingeführt werden, damit den Kleinbauern kein Schaden aus der Pflicht entsteht, das ganze landwirtschaftliche Gut als Geschäftsvermögen zu versteuern (z. B. das Land, die Flächen in der Bauzone, die Ökonomiegebäude, die Wohnbauten). Diese Pflicht betrifft kleine Familienbetriebe direkt, denn sie werden als Einzelfirmen verwaltet und können das private Vermögen nicht

vom Betriebsvermögen trennen, wie die grossen, industriellen Betriebe (meistens GmbHs oder AGs).

Mit seinem Entscheid hat das Bundesgericht beschlossen, landwirtschaftliche Güter nicht länger als Geschäftsvermögen, sondern als Privatvermögen zu besteuern. Damit wurden auf einen Schlag über die Hälfte der landwirtschaftlichen Familienbetriebe konfisziert, ohne die Landwirte auch nur vorzuwarnen oder gar zu konsultieren. Es gibt einige besonders schlimme Fälle von schreiender Ungerechtigkeit. Will beispielsweise eine Privatperson im Kanton Waadt ein Stück Land verkaufen, bezahlt sie

auf dem Veräusserungsgewinn eine Grundstücksteuer von 18% (oder 7%, wenn das Land seit mindestens 25 Jahren ihm gehört). Für einen Bauern liegt der Steuersatz für ein identisches Stück Land bei über 50% des Gesamtwerts des Landes, egal, wie lange es ihm schon gehört und egal, ob er daran überhaupt etwas verdient. Das gilt auch bei einer Aufgabe der Tätigkeit oder einer Schenkung. Das Geld für die Steuern muss anderswo aufgetrieben werden.

Mit Steuersätzen bis über 60% auf landwirtschaftliche Güter werden viele Bauern auf der Strasse landen. Nur, den Bundesrat scheint das nicht zu kratzen, er versucht ja mit allen Mitteln, die Staatskassen zu füllen, auch wenn die Steuerlast von 3% der Bevölkerung unerwartet explodiert. Es muss ausserdem darauf hingewiesen werden, dass nur 55% des Kulturlandes (landwirtschaftliche Nutzfläche) den Bauern gehört. Die andere Hälfte gehört Privatpersonen, die vom Entscheid des Bundesgerichts nicht betroffen sind.

Das Bundesgericht betrachtet Bauern wie Händler, die mit dem Land wirtschaften, aber das sind sie nicht! Ihr Beruf besteht darin, gute Lebensmittel

zu produzieren, um damit ihre Familien und die Bevölkerung zu ernähren. Ihr Einkommen und ihr Stolz gründen auf dem Verkauf der Ernte, sie spekulieren nicht mit Grundstücken. Ihr Ziel ist es, mit ihrem Land eine Lebensgrundlage zu erhalten, die sie in einem guten, fruchtbaren Zustand an ihre Nachfolger weitergeben können. Bauern lieben ihren Beruf, denn das ist eine Voraussetzung, wenn man gegen die stets drohende Armut ankämpft. Man braucht sich aber nicht zu wundern, wenn die Familienbetriebe, die von Generation zu Generation weitergegeben wurden, in den Händen industrieller Gruppen oder Banken enden.

Was für eine Zukunft wollen wir? Eine effiziente Landwirtschaft mit Kleinbauern, welche die Natur und die Konsumenten respektieren? Oder lieber grosse, unpersönliche Konzerne, deren primäres Ziel die Profitmaximierung ist? In der Herbstsession wird der Ständerat darüber beraten. Wir können nur hoffen, dass sich der kleine Rat seine Weisheit bewahrt hat, trotz des medialen Gewitters, das über diesem Thema stattgefunden hat.

*Alix Pécoud, Bauer in Le Vaud
Übersetzung: Stefanie Schenk*

SAATGUT

Saatgut-Karawane unterwegs

Eine „Saatgut-Karawane“ der „jungen Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft“ aus Deutschland war Anfang Juni unterwegs: vom Dottenfelder Hof bei Frankfurt über die Schwäbischen Alb, Oberschwaben und den Bodensee durch die Schweiz bis in die Haute-Savoie.



Beim Karawanen-Stopp am Mittwoch, den 8.6., um 15 Uhr vor dem Rathaus von Basel protestierte die Saatgut-Karawane der jungen AbL gegen das Geschäftsmodell der Saatgutmultis und gegen das Traktorenverbot beim „March against Syngenta und Monsanto“

Dabei erkundet die Karawane aus gut 20 angehenden Landwirt*innen sowie befreundete Engagierten die bäuerliche und züchterische Saatgutarbeit an Getreide. Das Gesehene und Gehörte wurde dokumentiert, um eigenständige Saatgutarbeit unter Bäuer*innen bekannter zu machen und zur Nachahmung anzuregen.

Die Karawane besuchte verschiedene Getreidezüchter, die aktuell an Resistenzen gegen den zunehmend aggressiveren Flugrost arbeiten. Man lernte u.a. den Anbau von Gemenge kennen, etwa aus Linsen und Nacktgerste auf der Schwäbischen Alb oder einer „mélange“ aus verschiedenen Weizenlinien. In Frankreich wurde ein „atelier paysanne“ besichtigt, in der alte Maschinen renoviert und neue entwickelt werden, um alle Schritte von der Erzeugung des Getreidesaatgutes bis zum Backen des Brotes aus dem Getreide in bäuerlicher Hand zu halten.

Der Auftakt bildete ein Wochenendseminar über Saatgutrecht. Die EU-Regelungen zu Sortenzulassung, Sortenschutz und Patenten sind abgestimmt auf das Geschäftsmodell der Saatgutmultis, die High-Input-Saatgut im Kombination mit Agrarchemie verkaufen. Das erschwert eine unabhängige bäuerliche Saatguterzeugung, Sortenpflege und Sortenzucht – aber es macht sie nicht unmöglich!

Bäuerliche Getreidesorten sind an die Region und an handwerkliche Verarbeitung angepasst, sie fördern die Biodiversität und sind in das Ökosystem eingebunden – für die Zukunft der Landwirtschaft auf unserem Planeten unverzichtbar!

*Andres Riekeberg ist aktiv bei
www.saatgutkampagne.org*

->> Ausführliche Tagesberichte unter:
<http://junge-abl.de/de/blog/tag/Saatgut-Karawane>

RECHTE DER BÄUERINNEN UND BAUERN

Fokus auf die Dynamik der indonesischen Bauern

Zu Beginn der 2000-er Jahre hat die bäuerliche Gewerkschaft von Indonesien (SPI) akzeptiert, innerhalb von La Via Campesina die Führung des Dossiers „Rechte der Bäuerinnen und Bauern“ zu übernehmen. Die drei Delegierten in Genf erklären, was das für sie bedeutet hat.



Henri Saragih,

du bist nicht nur Präsident der SPI, du warst auch mehrere Jahre lang internationaler Koordinator von La Via Campesina und eine treibende Kraft beim Projekt für die Deklaration über die Rechte der Bäuerinnen und Bauern. Wie hast du diese Zeit erlebt?

Nach einigen Jahren bei La Via Campesina haben wir als Erstes festgestellt, dass auch unsere Rechte verletzt werden. Wir haben beschlossen,

über die Diskriminierung und die Gewalt, die wir erleben, einen Bericht zu schreiben. Dieser beruht auf Fallbeispielen. Wir haben uns viel mit Bauern aus aller Welt ausgetauscht.

Wann hat La Via Campesina beschlossen, den Menschenrechtsrat anzurufen?

Wir hatten mehrere Gelegenheiten, mit der bäuerlichen Rechtskommission unserer Organisation nach Genf zu kommen. Die Organisationen Cetim und Fian haben uns dabei geholfen. Wir haben der UNO Bericht erstattet und hatten auch die Gelegenheit, mit Sonderberichterstattern zu sprechen. So konnten wir mit dem beratenden Ausschuss des Menschenrechtsrates Kontakt aufnehmen und ihm unser Projekt einer Deklaration für die Rechte der Bäuerinnen und Bauern unterbreiten.

Und dann haben die Staaten das Projekt übernommen?

Das war schon ein bisschen komplizierter. Zuerst wurde der beratende Ausschuss von der Versammlung des Menschenrechtsrates beauftragt, die angeblichen Verletzungen unserer Rechte zu untersuchen. Das war kurz nach der Lebensmittelkrise von 2007-2008. Aber es musste bewiesen werden, dass wir die Wahrheit sagen. 2012 hielt der abschliessende Bericht fest, dass eine bestimmte Gruppe von Bauern, Landarbeitern, Fischern, Nomaden und autochthonen Völkern tatsächlich diskriminiert werden und dass es angebracht ist, eine internationale Deklaration zu machen, welche das bestehende Recht und die besonderen Rechte der Lebensmittelproduzenten vereint.

Hat das gereicht, um die Staaten von der Stichhaltigkeit einer Deklaration zu überzeugen?

Leider nicht. Der beratende Ausschuss hat seinem Bericht unser Projekt für eine Deklaration angehängt. Auf dieser Grundlage sollten sich die Staaten auf einen Text einigen. Einige der Staaten, insbesondere aus Europa und die USA waren total dagegen. Es ist der Dynamik in den Mitgliedsorganisationen von La Via Campesina zu verdanken, dass der Widerstand in allen diesen Ländern nach und nach aufgehoben werden konnte. Aber wir sind noch nicht am Ziel. Es braucht bestimmt noch 2-3 Jahre, bis der Text fertig ist.



Henri Simarmata, du bist Jurist und deine Vereinigung von Juristen begleitet den Prozess von La Via Campesina. Wie erklärst du dir diese Dynamik in Indonesien?

Seit dem Ende der Diktatur sprudelt es in den Bauernbewegungen nur so. Wir haben auch einen

speziellen Verfassungsgerichtshof. Da kannst du auch als nicht Parlamentarier Gesetzesvorschläge machen, ohne den Umweg über das Parlament. So konnten wir die Projekte umsetzen, die Ikhwan bereits erwähnt hat. Wir haben auch an den Gesetzen über die Ernährung, die Förderung und die Unterstützung der Bauern gearbeitet. Unsere Bürgerbewegungen stärken sich gegenseitig.

Bist du zu zuversichtlich?

Wir wissen, was ein rechtsloser Staat ist. Das haben wir vor nicht allzu langer Zeit erlebt und die Erinnerung daran hat sich bei vielen von uns eingebrannt. Sie spornt uns an, unsere Verfassung und unsere Gesetze zugunsten der Bevölkerung zu gestalten. Aber wie viele Juristen und Menschenrechtsvertreter wissen, reicht es nicht, ein Gesetz zu machen. Es muss auch beachtet werden. Die Politiker und die Regierung müssen immer wieder daran erinnert werden. Die sozialen Bewegungen müssen sich eine Gesetzgebung aneignen, sonst kann sie nicht umgesetzt werden. Das gilt sowohl für die nationale Gesetzgebung als auch für die internationalen Regelwerke für Menschenrechte. Das müssen die Bauernbewegungen, welche sich für die internationale Deklaration der UNO einsetzen, verstehen. Es ist an ihnen, diesen Regelwerken Leben einzuhauchen, ihnen ein Gesicht zu geben. Ich finde, die Qualität der Argumente von La Via Campesina im Menschenrechtsrat wird immer besser. Wir haben ein Dream-Team von Mitgliedern aus aller Welt, das die staatlichen Delegierten beeindruckt. Stellen Sie sich das



Mohammed Ikhwan,

du arbeitest für den SPI. Kannst du uns erzählen, wie sich die Arbeit auf internationaler Ebene auf eure Aktivitäten in Indonesien ausgewirkt hat?

Der Austausch mit unseren Kollegen war ausserordentlich bereichernd. Wir konnten ermitteln, wo das Risiko für Rechtsverletzungen am grössten ist und dann an entsprechender Stelle bei der Gesetzgebung aktiv werden.

Kannst du uns dafür ein paar Beispiele nennen?

Unsere Bewegung existiert seit den 80er Jahren, aber sie wurde offiziell erst 1998 gegründet. Sie dürfen nicht vergessen, dass Indonesien wahren vieler Jahre unter einer Diktatur gelebt hat. Im Verlauf der Jahre haben wir einen Gesetzesentwurf für eine Agrarreform ausgearbeitet. Das Ziel war, dass der Staat jeder Familie mindestens 2 ha Land verteilt, mit langfristigen Pachtverträgen, die über eine Generation hinausgehen. Dieser Prozess ist im Gang und darüber sind wir sehr glücklich. Jetzt stellt sich die Frage, wie wir die Selbstversorgung unseres Landes mit Lebensmitteln am besten gewährleisten.

Das heisst...?

Der Staat Indonesien anerkennt die Begriffe Selbstversorgung, Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität. Uns interessiert vor allem die Ernährungssouveränität. Wir wollen unsere Bevölkerung mit eigenen, agroökologisch produzierten Lebensmitteln versorgen. Die Selbstversorgung durch importierte Tiefpreisprodukte interessiert uns nicht. Es geht also darum, festzustellen, welche Kulturen wir auf dem Ackerland anbauen, das

verteilt wurde: Nahrungsmittel oder Agrarprodukte für den Export? Es braucht viel Sensibilisierung, nicht nur bei der Bevölkerung, sondern auch bei unseren Mitgliedern. In unserem Land kristallisieren sich viele Probleme. So sind wir zum Beispiel führend bei der Palmölproduktion und die transnationalen Konzerne sind sehr präsent. Jetzt gibt es ein Moratorium für neue Palmölplantagen. Wir versuchen, die Agroforstwirtschaft zu fördern und die industriellen Plantagen zu ersetzen, damit unsere Tiere weiden können.

Was sagt eure Regierung dazu?

Unsere Regierung ist eine Fahne im Wind. Sie versucht, zwischen den Bauernfamilien und den ausländischen Investoren ein Gleichgewicht zu finden. Dasselbe bei den internationalen Handelsverhandlungen. Wir haben ein nationales Gesetz, welches den Staat verpflichtet, Importe nur dann zuzulassen, wenn ein Produkt nicht auf dem Binnenmarkt verfügbar ist. Wir müssen dafür kämpfen, dass dieses Gesetz auch tatsächlich angewendet wird.

Wir haben es auch geschafft, ein Gesetz über die Fischerei und die Küstengebiete durchzusetzen, um die traditionellen Fischer gegen die industrielle Fischerei der ausländischen Grosskonzerne zu schützen. Auch zum Saatgut haben wir ein wichtiges Gesetz. Der Schutz der Biodiversität beim Saatgut ist nicht nur in der Gegenwart wichtig, es ist auch für die kommenden Generationen von wesentlicher Bedeutung.

einmal vor: An der ersten Verhandlung zwischen den Staaten, im 2013, haben wir als Organisation der Zivilgesellschaft nur 5 Mal intervenieren können. Im Mai 2016 hatten wir während der drei Verhandlungstage 64 Wortmeldungen! Das war Teamarbeit. Die Delegierten der Staaten wissen, dass es ohne uns nicht geht und das ist zentral, denn die Deklaration darf nicht ihres Inhalts beraubt werden. Im Moment sind wir so entschlossen und überzeugend, dass das Risiko eines Scheiterns nur geringfügig ist.

Die Präsentation der indonesischen Delegation hat das Publikum ganz eindeutig beeindruckt, besonders die bäuerlichen Delegationen aus anderen Ländern. Schweizer, Senegalesen, Nicaraguaner, Belgier, Spanier und Nepalesen sind ob der vielen neuen Ideen für ihr Land mit schwirrenden Köpfen aus der Verhandlung nach Hause gefahren.

*Die Gespräche führte
Valentina Hemmeler Maiga
Übersetzung: Sefanie Schenk*

Europa, Asien, Afrika, Amerika: der selbe Kampf!

Über zwanzig Delegierte von Bauernverbänden waren eine Woche lang in Genf, um sicherzustellen, dass unsere wichtigsten Forderungen zum Einkommen, dem Zugang zum Markt, zum Land, zum Saatgut, zur Biodiversität und zur Ernährungssouveränität bei der Revision der Deklaration nicht gestrichen werden

«Wir bilden die Nahrungsgrundlage für unsere Gemeinschaft»

- Ansprache von Vincent Delobel, einem jungen Bauern aus Belgien, im Palais des Nations.

Mehr auf unsere Website:

www.uniterre.ch

PALMÖL

Palmöl auch im Tank, ein Skandal

In der EU ist Palmöl einer der meistverwendeten Rohstoffe für die Herstellung von Biotreibstoffen. Veröffentlichte Zahlen des europäischen Pflanzenölverbandes legen offen, dass der Import und die Verwendung von Palmöl für Biosprit sprunghaft angestiegen sind.

Im Klartext heisst das: Biosprit in der EU besteht heute aus 50% Palmöl. Damit ist Biodiesel das Gegenteil von dem, was wir unter dem Begriff „Bio“ normalerweise verstehen. Wir meinen in der Regel Produkte oder Anbaumethoden, die besonders umweltverträglich und ressourcenschonend sind. Doch das Gegenteil ist der Fall. Fachleute warnen: Biodiesel ist um 80% klimaschädlicher als konventioneller Diesel. Kein Wunder stösst das auch vermehrt in der Bevölkerung sauer auf. Wir gehen davon aus, dass Biospritherstellung hehre Ziele verfolgt: Ihn zu verbrennen, entlässt nur so viel CO₂ in die Atmosphäre wie die Pflanzen, aus denen er gemacht wurde, wieder aufnehmen. Dies sollte theoretisch zu einer Null-Netto-Emission führen. Beziehen wir dagegen die Abholzung des Regenwaldes für die Palmölproduktion mit in die Rechnung ein, sieht das Resultat anders aus. Dazu kommt, dass die Biobrennstoffe, die immer knapper werdenden Anbauflächen für Nahrungsmittel (hauptsächlich in Indonesien und Malaysia) massiv unter Druck setzen.

Die Autorin Melania Hall * schreibt dazu: « Im Jahr 2014 landete mehr als die Hälfte des in Europa genutzten Palmöls in den Tanks von Autos und LKWs, das legen Daten vom EU-Pflanzenölverband Fediol offen, die von der Brüsseler Nichtregierungsorganisation Transport & Environment (T&E) in Kooperation mit dem Naturschutzbund Deutschland (NABU) zusammengestellt wurden. Nur übertroffen von Raps, schoss die gesamte Nutzung von Palmöl als Rohstoff für Biosprit in den EU-Staaten zwischen 2010 und 2014 um das Sechsfache in

die Höhe. Das nahezu komplette 34 Prozent-Wachstum in dieser Zeitspanne für EU-Biodiesel - das ist Biosprit mit Diesel gemischt - geht auf die Rechnung von importiertem Palmöl. »

->> Jetzt die Petition „Kein Palmöl aus Malaysia“ unterschreiben:
www.schweiz-pro-regenwald.ch/de/petition/

Wie steht es in der Schweiz?

Auf Anfrage teilt uns Herr Ueli Frei vom Verband der Schweizer Biotreibstoffindustrie Biofuels Schweiz mit: « Grundsätzlich verbietet die Schweiz. Gesetzgebung keine Art von Biotreibstoffe. Der Killer jedoch ist die Befreiung von der Mineralölsteuer. Diese erhalten nur Biotreibstoffe, die auf Abfällen und Rückständen basieren. Auf nachwachsenden Rohstoffen basierende Biotreibstoffe erhalten die Steuerbefreiung nicht, weil sie die Anforderungen der Mineralölsteuerverordnung und der Treibstoffökobilanzverordnung nicht erfüllen. Explizit erwähnt werden die ökologische Gesamtbilanz sowie die Gefährdung des Regenwaldes und der biologischen Vielfalt. Fazit: Biodiesel in der Schweiz basiert auf Altspeiseöl und Fettsäuren und ist garantiert palmölfrei. »

Ulrike Minkner

*Quelle: Palmöl im Tank: Biodiesel-Nutzung in der EU. Melania Hall / okz / DW



Palmöl: Ein gutes Resultat als Belohnung für die Arbeit von Uniterre!

Uniterre ist die Urheberin der Schritte, die unternommen wurden, um das Palmöl vom Freihandelsabkommen mit Malaysia auszuklammern. Die Arbeit hat bereits im August 2015 begonnen. Uniterre hat viel Energie in die Koordination und den Zusammenschluss mit anderen Organisationen investiert (NGOs, Stiftung Bruno Manser, FRC, SGPV usw.), damit Palmöl nicht in das Freihandelsabkommen mit Malaysia aufgenommen wird.

Parallel dazu hat die Stiftung Bruno Manser beschlossen, eine Online-Petition mit ähnlichem Ziel und denselben Forderungen zu lancieren. Die Petition hat über 20'000 Unterschriften erhalten.

Eine so breite Koalition kommt selten vor und dieses Mal gelang es dank – aber nicht nur – der erheblichen



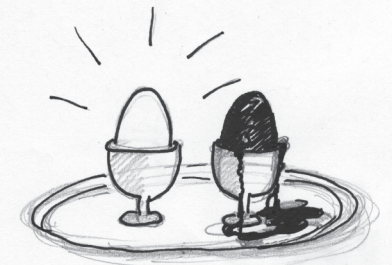
Arbeit von Uniterre. Es geschieht nicht jeden Tag, dass NGOs, Konsumenten- und Bauernorganisationen Hand in Hand auf ein gemeinsames Ziel hinarbeiten.

Was wir bei Uniterre oft sagen, bewahrheitet sich: Gemeinsam sind wir stark!

WETTBEWERB

Wir verschenken ein goldenes Ei, und ein faules Ei!

Das goldene Ei: Es geht tatsächlich auch um Eier und was daraus werden darf. Das goldene Ei geht an einen der wenigen Bauern, der gemeinsam mit anderen einen neuen Weg geht, um auf das Töten der frisch geschlüpften männlichen Küken (die Brüder der Legehennen) zu verzichten. Er hat den Bio-KollegInnen in Österreich über die Schulter geguckt und einen Anlauf in der Schweiz gewagt. Roman Clavadetscher setzt auf die gleiche Rasse wie die Bio-Bauern und Bäuerinnen in Österreich und mäset die Hähne 5 Monate auf, anstatt sie grad nach dem Schlüpfen zu vergasen. Seine Produkte werden unter dem Namen „Henne und Hahn“ breit abgestützt durch grosse Marktpartner angeboten und verkauft. Um das Projekt zu finanzieren sind die Bioeier aus seinem Betrieb 3 Rp teurer. Wir hoffen, dass die gesamte Schweizer Eierbranche endlich auch auf die schreckliche kreaturverachtende Praxis verzichtet und wir dafür bereit sind, 3 Rp. mehr pro Ei zu bezahlen.



Das faule Ei geht an die Veranstalter des Milchgipfels auf dem Gurten. Anstatt Lösungen und Taten, nur repetitives Zutexten der Anwesenden mit Beschreibungen der aktuellen Milchkrise. Das wussten wir schon vorher. Ein kleiner aber wichtiger Schritt wäre das genaue Hinschauen von BLW, SMP und SBV bei den Milchkaufverträgen. Dass diese das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben sind, ist auch den Verantwortlichen längst bekannt. Wir erwarten nun, dass das BLW einschreitet, seine Versprechungen wahr macht und diesen Wischiwaschi-Verträgen endgültig ein Ende setzt.

Gerne nehmen wir weiterhin Vorschläge für die Vergabe von goldenen und faulen Eiern entgegen. u.minkner@uniterre.ch Stichwort „Eierfeier“

INITIATIVE

Wirken und verbreitern – Für die Initiative für Ernährungssouveränität

Wie zu erwarten war, hat sich der Bundesrat am 22. Juni 2016 klar gegen die Initiative für Ernährungssouveränität ausgesprochen. In seiner Botschaft argumentiert er unter anderem: «Mit einem Ja würden die Errungenschaften der Agrarreform der letzten 25 Jahre in Frage gestellt sowie die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft geschwächt.» Ebenso kritisiert er, dass eine kleinbäuerliche Landwirtschaft, die primär die lokale Versorgung der Bevölkerung als Ziel hat, umfangreiche staatliche Markteingriffe zur Folge hätte. Auch die Forderung nach sozialen und ökologischen Normen für importierte landwirtschaftliche Erzeugnisse stünden im Widerspruch zu internationalen Verpflichtungen (z.B. bilateralen Verträge, Freihandelsabkommen). Der Bundesrat befürchtet weiter einen grossen finanziellen Aufwand für die Bundesfinanzen sowie die KonsumentInnen.

Noch ist es unklar, wann die Initiative für Ernährungssouveränität zur Abstimmung kommen wird. Das Parlament wird sich noch mit unserer Vorlage auseinandersetzen.

Spätestens 30 Monate nach Einreichung der Initiative muss das Parlament eine Abstimmungsempfehlung fassen (Winter 2018). Der früheste Abstimmungstermin ist jedoch Juni 2017, insofern die beiden Kammern bereits im Herbst 2016 über die Initiative beraten können.

Stärkung der bäuerlichen Basis

In der Deutschschweiz finden regelmässige Treffen mit Mitgliedern und SympathisantInnen von Uniterre statt. Das am 14. Juni vom Unterstützungskomitee gutgeheissene Strategiepapier wurde in dieser Gruppe vordiskutiert und weiterentwickelt. Das Papier schlägt u.a. die Gründung eines bäuerlichen Unterstützungskomitees vor, das über eine eigene Internetplattform verfügt und Mitte August aufgeschaltet wird. Ziel ist es bis Herbst 2016, 500 Bäuerinnen und Bauern zu finden, die die Initiative unterstützen. Diese Basis soll kontinuierlich ausgebaut werden und bis zur Abstimmung mindestens 1000 Personen zählen. Gleichzeitig soll die Initiative via (Plakate, Flyer, Banderolen etc.) auf den Höfen und Märkten sichtbar werden. Die breitere bäuerliche Unterstützung stärkt auch Uniterre. Dies soll auch bestehende Sektionen unterstützen sowie auch Neugründungen ermöglichen. Weiter müssen wir die parlamentarische Gruppe Ernährungssouveränität wieder aktivieren, um auch dort unsere Position zu stärken.

Weiter wie bisher ist keine Option

Täglich verschwinden 3 – 4 Bauernhöfe, die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen nimmt ab, der Preisdruck bedroht die Existenz vieler Betriebe. Die Freihandelsabkommen tragen das übrige dazu bei. Die Bäuerinnen und Bauern stehen mit dem Rücken zur Wand. Die Öffentlichkeit ist durchaus sensibel und wir können Lösungen vermitteln. Dazu müssen wir ein Maximum an Menschen erreichen, genügend Material (Studien, Inhalte, Texte, Filme) zur Verfügung haben. Wir müssen die Menschen überzeugen, dass unsere Lösung die richtige ist für eine zukunftsfähige Landwirtschaft und Ernährung. Dazu brauchen wir eine breitere Koalition für Ernährungssouveränität.

Initiative



www.ernaehrungssouveraenitaet.ch

KAMPAGNENTAGUNG

21. September, 14.00 bis 18.00 Uhr
Paulus-Kirchgemeindehaus (Saal H),
Freiestrasse 20, Bern

Anmeldung gerne an:
m.stalder@uniterre.ch

Heute sind es 72 Organisationen, welche die Initiative unterstützen. Unser Ziel ist es, bis zur Abstimmung sicher 100 zu sein. Neben der Quantität zählt aber auch die Vielfalt: Das Bündnis soll auf Organisationen ausgeweitet werden, die ein neues Spektrum abdecken. Sie können Türöffner sein für eine bessere Verankerung in ländlichen Gebieten, Kontakte zu der Landwirtschaft nahestehende Unternehmen und zum Parlament sind einige Hauptkriterien für die Suche neuer Unterstützender.

Neue Struktur

Am 21. September wird der Grundstein gelegt für eine Föderation für Ernährungssouveränität. Einzelpersonen wie Organisationen sind herzlich eingeladen sich daran zu beteiligen.

Damit schaffen wir eine hoffentlich breite Basis mit eigenständiger Struktur mit selbstständigen Arbeitsgruppen zu Themen wie Verwaltungs- und Parlamentslobbying, bäuerliches Komitee, Aktionsgruppe etc. Wir alle - mit unseren Ideen, Vorstellungen, Visionen und Träumen können das Vorhaben voranbringen – gemeinsam mit unseren Freunden und Freundinnen können wir mehr Leute ins Boot holen.

Mathias Stalder

AGENDA

27. August, 14.00-16.30 Uhr
Führung durch die Solidarische Landwirtschaft «radiesli» in Worb mit der Gemüsegärtnerin Marion Salzmann.

Bodengasse 22a, Worb
Gemeinsam anbauen, gemeinsam ernten, gemeinsam bestimmen: radiesli hebt die Trennlinie zwischen Produktion und Konsum auf.

Wie funktioniert die Solidarische Landwirtschaft? Ist sie eine wirkliche Alternative zur herkömmlichen Landwirtschaft?

Eine Veranstaltung organisiert von Uniterre mit anschliessendem Apéro.
www.radiesli.org

17./18. September, 11-18 Uhr
Eröffnungsfest Bergkäserei Spitzenbühl

mit Raclette und weiterem Speis und Trank vom Hof. Shuttle-Bus ab Liesberg/Riederwald.
Musik. Spiel&Spass. Vortrag zum Thema **Ernährungssouveränität** von Mathias Stalder.
www.spitzenbuehl.ch

Mehr auf unsere website:
www.uniterre.ch

KONTAKTE SEKTIONEN

Zürich: Samuel Spahn
spahn.s@bluewin.ch
076 512 75 55

Nordwestschweiz:
Florian Buchwalder,
flobass@gmx.ch
079 470 70 48

Schweiz: Ulrike Minkner
u.minkner@uniterre.ch
032 941 29 34



TREFFEN UNITERRE DEUTSCHSCHWEIZ

Treffen von Mitgliedern und SympathisantInnen von Uniterre in der Deutschschweiz
Wir laden alle herzlich ein sich an der Diskussion zu beteiligen.
Anmeldung gerne an:
m.stalder@uniterre.ch

Donnerstag, 25. August 2016 von 19.00-22.00 Uhr,
Flörl an der Florastrasse 21 in Olten.